

Antrag 139/II/2025**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Keine Überwachung durch Palantir – Grundrechte schützen, demokratische Kontrolle stärken**

1 Die SPD lehnt den Einsatz von Softwarelösungen des Un-
 2 ternehmens Palantir Technologies bei Sicherheits- und Po-
 3 lizeibehörden in Berlin, auf Bundesebene sowie in allen
 4 anderen Bundesländern ab.

5

6 Der Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion
 7 werden aufgefordert, sich in der Bundesregierung für ei-
 8 nen sofortigen Ausstieg aus bestehenden Projekten mit
 9 Palantir einzusetzen und den Abschluss neuer Verträge zu
 10 verhindern.

11

12 Die SPD setzt sich für eine gesetzliche Klarstellung ein,
 13 dass sicherheitsrelevante IT-Infrastruktur in öffentlicher
 14 Hand oder bei vertrauenswürdigen, europäischen Anbie-
 15 tern liegen muss, die den strengen Datenschutz- und
 16 Grundrechtsstandards der EU unterliegen.

17

18 Statt auf intransparente privatwirtschaftliche Anbieter zu
 19 setzen, sollen Polizei- und Sicherheitsbehörden in Berlin,
 20 im Bund und in den Ländern in den Aufbau eigener, staat-
 21 lich kontrollierter und quelloffener IT-Lösungen investie-
 22 ren.

23

24 Begründung

25 Der Einsatz von Software des US-Unternehmens Palantir
 26 im Bereich der polizeilichen Datenanalyse ist mit erheb-
 27 lichen Risiken für Datenschutz, informationelle Selbstbe-
 28 stimmung und demokratische Kontrolle verbunden. Pa-
 29 lantir hat seinen Sitz in den USA und unterliegt damit dem
 30 US-amerikanischen Recht, einschließlich des Cloud Act,
 31 der US-Behörden weitreichende Zugriffe auf gespeicherte
 32 Daten ermöglicht – auch wenn diese auf Servern in der EU
 33 liegen. Damit besteht die reale Gefahr, dass hochsensible
 34 personenbezogene Daten aus polizeilichen Ermittlungen
 35 in den Zugriff ausländischer Behörden geraten.

36 Darüber hinaus ist die Arbeitsweise der Palantir-Software
 37 intransparent. Die Algorithmen, die zur Analyse und
 38 Verknüpfung großer Datenmengen eingesetzt werden,
 39 sind proprietär und nicht öffentlich überprüfbar. Das wi-
 40 derspricht dem Grundsatz, dass staatliche Eingriffe in
 41 Grundrechte demokratisch kontrollierbar und für Bür-
 42 ger*innen nachvollziehbar sein müssen. Eine „Black Box“-
 43 Technologie, deren Funktionsweise weder Parlamenten
 44 noch unabhängigen Datenschutzbehörden vollständig
 45 offengelegt wird, hat im sensiblen Bereich der inneren Si-
 46 cherheit nichts zu suchen.

47 Die SPD steht für den Schutz der Grundrechte und für ei-
 48 ne Sicherheitspolitik, die auf Transparenz, Rechtsstaatlich-

plus BPT

49 keit und Vertrauen setzt. Der Einsatz von Palantir konter-
50 kariert diese Prinzipien. Statt milliardenschwere Aufträge
51 an private Überwachungskonzerne mit engen Verbindun-
52 gen zu Peter Thiel zu vergeben, müssen öffentliche Gel-
53 der in die Entwicklung eigener, sicherer und quelloffener
54 Systeme investiert werden, die europäische Datenschutz-
55 standards erfüllen und unter voller demokratischer Kon-
56 trolle stehen.

57 Nur so kann gewährleistet werden, dass Sicherheit nicht
58 auf Kosten der Freiheit erkauft wird und die digitale Sou-
59 veränität unseres Landes gestärkt wird. Die SPD sagt klar:
60 Keine Überwachung durch Palantir – weder in Berlin, noch
61 bundesweit.